

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gem. Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Halbjahresbestellung 12 Mk., jährlich 24 Mk. Alle Bestellungen länger und Geschäftsstellenänderungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto vorliegt.

Anzeigenpreis: Die 4 Spaltenzeile 20 Goldpfennig, die 4 Spaltenzeile der emittierten Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 Spaltenzeile 10 Goldpfennig, die 1 Spaltenzeile 5 Goldpfennig. — Redaktionsgebühren 20 Goldpfennig. — Sonstige und Wagnisgebühren werden nach Möglichkeit vermieden. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Wichtigkeit der Angelegenheiten wird durch besondere Hervorhebung der Rubrik angedeutet. — Die Rubrik „Kurz und bündig“ wird durch besondere Hervorhebung der Rubrik angedeutet. — Die Rubrik „Kurz und bündig“ wird durch besondere Hervorhebung der Rubrik angedeutet.

Nr. 234. — 85. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Kunste Blatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 6. Oktober 1926

## Wirtschaftsaussichten.

Die deutsche Industrie hat die letzten Monate genutzt: der englische Bergarbeiterstreik, die beginnende Währungsstabilisierung in Belgien und in Frankreich ebneten den Weg. Generaldirektor Dr. Bögl er, der zu den hervorragendsten deutschen Wirtschaftspolitikern gehört und im übrigen als Leiter des Rhein-Rontantruffs auch ein Mann von sehr weitreichendem Einfluß ist, hat auf der dem Parteitag der deutschen Volkspartei in Köln folgenden Wirtschaftsbesprechung in Düsseldorf aber doch viel Wasser in den Wein einer allzu weitgehenden wirtschaftlichen Hoffnungsfreudigkeit gegossen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind eben etwas unnatürlich und Dr. Bögl er machte in nüchternen Sachlichkeit darauf aufmerksam, daß wir von einer wirtschaftlichen Blüte der Wirtschaft noch weit entfernt sind. Überhäuft wird auch die Konjunktur in der deutschen Wirtschaft. Gewiß sind Millionen Tonnen aus den Haldebeständen verkauft worden, aber der große deutsche Kohlenbergbau war finanziell in einer so schwierigen Lage, daß diese Verkäufe nur den unbedingt notwendigen Ausgleich schufen. Dr. Bögl er wies nach, daß die finanziellen Ergebnisse an sich für sich derart gering geworden sind, daß die englischen Streiks, daß die Selbstkosten kaum noch gedeckt werden durch den Erlös, den die deutsche Kohle auf dem Weltmarkt erzielt. Abschließend stellte Dr. Bögl er fest, daß die Förderung schon wieder stark zurückgegangen ist, der Höhepunkt des Juli schon im August und September nicht mehr erreicht wurde, daß aber auch durch den Rückgang der Förderung leider nicht alle übernommenen Aufträge auf Lieferung ausgeführt wurden.

Interessant waren die Andeutungen, die Dr. Bögl er über gewisse Verhandlungen mit den Engländern machte, die jedoch ergebnislos verlaufen sind. Die englische Kohlennot und die mangelnde Lage am deutschen Kohlenmarkt haben viel Ähnlichkeit mit der Krise, in der sich die Eisen- und Stahlproduktion befindet. Diese Krise liegt wesentlich darin begründet, daß die Erzeugung viel zu groß ist. In Europa ist die Nachfrage nach Eisen und Stahl jetzt noch weit hinter dem Vorkriegsstand zurück. Das gleiche gilt von der Wolle, und wenn Dr. Bögl er das Wesen des Eisenpaktess darin sieht, daß die Erzeugung dem wirklich vorhandenen Bedarf angepaßt werden soll, so war das gleiche angestrebt bei den Verhandlungen, die wegen der Regelung der Kohlenwirtschaft in London eingeleitet waren. Genau wie die Eisenpaktverhandlungen sind diese Besprechungen mit den Engländern vergeblich gewesen.

Dr. Bögl er legte vor allem stärkstes Gewicht darauf, daß die Wirtschaftsverbände auf dem Stahlmarkt nur auf dem Hintergrund eines politischen Zusammenarbeitens allgemeiner Natur möglich ist, nur von dieser einen wirtschaftlichen Anstoß erfahren könne. Die Bedeutung des Eisenpaktess liegt, von der wirtschaftlichen Seite abgesehen, darin, daß diese wirtschaftliche Verständigung auf die Dauer nur Bestand haben kann, wenn auch eine politische Verständigung erfolgt; das eine ohne das andere ist nicht möglich. Wichtige nationale Wirtschaftsinteressen dürfen freilich einer solchen internationalen Regelung nicht geopfert werden. Bisher lagen die Dinge auf dem Eisenmarkt so, daß der Auslandspreis unter dem Druck des französisch-belgischen Konkurrenz beträchtlich unter dem Preis stand, den der deutsche Inlandsverbraucher erlegen mußte. Auch hierin wird jetzt eine für den Inlandsverbraucher günstigere Änderung eintreten, weil es der eisenhaltigen Industrie vor allem auf die Erreichung stabiler Preise ankommt. Ausdrücklich versichert die Hochabgabegemeinschaft, daß an den Gerüchten über eine angebotliche Preiserhöhung nicht das geringste wahr sei. Vielmehr wird die Entwicklung dazu führen, daß ein einheitlicher Preis für Inland und Ausland geschaffen werde.

Die Engländer sind beim Eisenpakt draußen geblieben, ebenso haben sie eine Regelung der Kohlenwirtschaft abgelehnt — das liegt es ohne weiteres auf der Hand, daß wir nun auch in dieser letzten Frage zu einer Einigung mit den kohlenzeugenden Staaten des europäischen Kontinents werden kommen müssen, sobald England die Folgen der Streiks überwunden hat und wieder konkurrenzfähig geworden ist. Daß diese wirtschaftlichen Vereinbarungen damit auch gleich zu allgemeineren politischen Verständigungen führen werden, ist Selbstverständlichkeit; freilich wird England dadurch in eine auch für seine Wirtschaft gefährliche Vereinzelnung gebracht werden.

## Nachklänge zum Kölner Parteitag.

Die Nationalliberale Korrespondenz unterstreicht in ihrer Betrachtung zum Ergebnis des Kölner Parteitages, daß dieser die geschlossene aller bisherigen Kundgebungen der Deutschen Volkspartei sei. Geistig und politisch sei insbesondere die Tagung des Handels- und Industrieausschusses ein Ereignis gewesen. Der Parteitag habe gezeigt, daß innenpolitisch das Ringen um die Staatsform zu Ende sei. Wenn keine innenpolitischen Fragen gestreift worden seien, so hätte das daran gelegen, weil der Parteitag auf dem Standpunkt stände, daß Koalitionsfragen tatsächliche Fragen seien. In der Beurteilung wirt-

## Ministerwechsel in Preußen.

### Rücktritt des preussischen Innenministers Severing.

Neubildung der Regierung?

Der preussische Minister des Innern, Severing, dessen Rücktritt in letzter Zeit schon öfter angekündigt war, wird nunmehr tatsächlich aus seinem Amte scheiden. In politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß das offizielle Rücktrittsgesuch Severings spätestens in zwei Tagen erfolgen wird. Der Rücktritt Severings soll aus gesundheitlichen Gründen erfolgen, da seine Kräfte nach etwa sechsjähriger ununterbrochener Ministerzeit stark angegriffen sind. Severing ist erst vor kurzem von einem län-



Innenminister Severing.

geren Urlaub in das Innenministerium zurückgekehrt, doch soll ihm diese Ausspannung nicht die gewünschte Erholung gebracht haben. Der Minister hat vor kurzem sein 50. Lebensjahr vollendet. Er ist geborener Herforder und hat das Schlosserhandwerk erlernt. Seit 1902 war er dann journalistisch als Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung tätig.

Wer der Nachfolger Severings werden soll, ist noch nicht bestimmt. Fest scheint indessen zu stehen, daß wieder ein Sozialdemokrat an die Spitze des preussischen Innenministeriums berufen werden wird. Als Kandidat für diesen Ministerposten gelten der Berliner Polizeipräsident, Landtagsabgeordneter Grzesinski, der Lindeburger Regierungspräsident Krüger, Oberpräsident Koste, der Reichstagsabgeordnete Landsberg, der ehemalige Oberbürgermeister von Hannover, Reinert, u. a. Die zuständigen sozialdemokratischen Instanzen werden sich umgehend mit der Frage des Nachfolgers Severings befassen.

In politischen Kreisen Preußens hält man es nicht für ausgeschlossen, daß mit dem Ausscheiden Severings aus dem Kabinett die Frage der Umbildung und Erweiterung der preussischen Regierung in ein akutes Stadium tritt. Wie es heißt, beansprucht die Deutsche Volkspartei bei einem etwaigen Wiedereintritt in die Regierung die Besetzung des Kultus- und des Justizministeriums durch Vertrauensmänner ihrer Partei. Als Ministeranwärter für diese Ministerien werden die völksparteilichen Abgeordneten v. Richter und Leibsig genannt.

schaftspolitischen Fragen habe die Partei gezeigt, daß sie auf dem Grundsatze stände, daß jeder einzelne Stand das Recht habe, sich selbständig zu verteidigen. Die Partei erblicke ihre Aufgabe vor allen Dingen darin, den Wirtschaftskräften das erforderliche Maß von Freiheit zu verschaffen.

## Neuer Zwischenfall im besetzten Gebiet.

Blutige im Alkoholrausch.

Im besetzten Gebiet, in Neustadt a. d. S., hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Von zuständiger deutscher Stelle wird darüber folgendes berichtet: In der Nacht vom Sonntag auf den Montag trat in einer Wirtschaft ein Deutscher namens Krauter zwischen zwei Franzosen, von denen der eine in Zivil, der andere in Uniform war. Es entspann sich zwischen den dreien eine lebhafteste Unterhaltung, die teilweise sehr kollegiale Formen annahm. Der Deutsche, der im Kriege einen K o p f s c h u s e r l i t t e n hat und seitdem für Alkohol sehr empfänglich ist, war angetrunken. Plötzlich stand der französische Sergeant auf und sagte, er sei in die Brust gestoßen worden. Wie der Franzose zu dem Stiche gekommen ist, ist noch unklar, da ein Messer überhaupt nicht gesehen

## Die Flaggenfrage.

1000 Vorschläge eingegangen.

Der im November zusammentretende Reichstag wird auf Wunsch der Regierung einen Flaggenaus-schuss wählen. Aber die Zusammenlegung dieses Ausschusses steht Endgültiges noch nicht fest, doch nimmt man an, daß der Ausschuss aus Vertretern aller Parteien, aus Künstlern, Heraldikern und Kunstfachverständigen zusammengelehrt sein wird. Von den rund 1000 Vorschlägen, die eingegangen sind, kommen 40 in die engere Wahl und werden dem Ausschuss vorgelegt werden. Die Auswahl ist vom Reichskunstwart gemeinsam mit dem Heraldiker Kukul von Stradonitz vorgenommen worden.

## Vor Einberufung einer amerikanischen-europäischen Wirtschaftskonferenz?

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 5. Oktober. Die von Präsident Collidge für diese Woche beabsichtigte Einberufung einer Konferenz der maßgebendsten amerikanischen Wirtschaftler, auf der das Problem der Schuldenfrage diskutiert werden soll, um möglicherweise in einiger Zeit nach der Ratifizierung des französischen Schuldenabkommens eine ähnliche Konferenz unter Beteiligung der Vertreter der europäischen Schuldner einzuberufen, erregt hier begrifflicherweise großes Interesse. Die erste Folgerung, die man aus dieser Nachricht zieht, ist die Erwartung einer allgemeinen Revision der alliierten Schulden. In linksstehenden Kreisen verweist der Paris Soir darauf, daß nicht nur Frankreich zögert, das Schuldenabkommen zu ratifizieren, sondern daß selbst die englische Presse das bereits in Wirkung befindliche Abkommen Baldwin-Mellon in Frage stellt.

## Die Besprechung Chamberlain-Briand. Einigung in der Frage des Tanagerstatuts.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 6. Oktober. Nachträglich werden über die Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand noch folgende Einzelheiten bekannt. In der Frage des Tanagerstatuts wäre zwischen den beiden Staatsmännern eine Einigung erfolgt. Danach hätten sich Frankreich und England geeinigt, jede neue Konferenz in der Tanagerfrage abzulehnen. Dieser Beschluß sei durch den Wunsch fixiert, die Beteiligung Deutschlands und Australiens an einer gemeinsamen Besprechung zu vermeiden, da bei einer derartigen Konferenz auch diese beiden Staaten als Unterzeichner des Algeciras-Abkommens eingeladen werden müßten, was man naturgemäß sowohl in Paris als auch in London vermeiden möchte. Die Frage des Tanagerstatuts soll nur von den Regierungen Englands, Frankreichs und Spaniens revidiert werden, dagegen hätte weder die englische noch die französische Regierung etwas dagegen einzuwenden, wenn Italien einen Vertreter in die administrative Verwaltungskommission nach Tanger entsende.

## Italien will das Mandat über Togo fordern?

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 5. Oktober. Aus französischen diplomatischen Kreisen verlautet, daß während der Zusammenkunft in Livorno Mussolini sich dahin geäußert hätte, daß für den Fall, daß die Frage der Neuverteilung der Mandate im Völkerbunde zur Erörterung kommen würde, Italien seinerseits das Mandat über Togo fordern würde.

wurde. Die beiden Franzosen vertieften darauf das Votum, jedoch lehnte der eine, der in Zivilkleidung war, nach ungefähr einer halben Stunde wieder zurück und sagte, man solle kein Aufhebens von der Sache machen. Der Gesessene hätte auch nicht die Absicht, den Zwischenfall weiter verfochten zu lassen.



Beisehung des erschossenen Holzmann in Gernersheim.